



**Freie Grüne Liste
Konstanz**

Freie Grüne Liste, Normen Küttner, Bismarcksteig 3, 78467 Konstanz

Normen Küttner
Gemeinderat

z.H.

Herrn Oberbürgermeister Uli Burchardt

Tel. 07531/8044726
Email:
Normen.Kuettner
@gmx.de

Resolutionsantrag

14.10.2013

1. Der Konstanzer Gemeinderat möge folgende Resolution an den deutschen Städtetag beschließen.

Der Konstanzer Gemeinderat unterstützt die Einführung einer bundesweiten, gesetzlichen Regelung für eine Mindestpersonalbemessung in der Pflege. Die Stadt Konstanz fordert den Deutschen Städtetag dazu auf, sich aktiv für die Umsetzung dieses Ziels einzusetzen und parallel eine bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Krankenhäuser mit Nachdruck zu fordern.

Begründung:

Das Präsidium des Deutschen Städtetags hat am 18.09.2013 in Regensburg Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung beschlossen. Zum Thema Gesundheit und gesundheitliche Versorgung schreibt der Deutsche Städtetag: „Die kommunalen Krankenhäuser bilden das Rückgrat einer flächendeckenden und hochwertigen medizinischen Versorgung in Deutschland. Es bedarf daher dringend verlässlicher und auskömmlicher Finanzierungsbedingungen. Auch vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Personalmangels in den Krankenhäusern fordert der Deutsche Städtetag endlich bessere und verlässlichere Rahmenbedingungen, um die Arbeitsplätze in den Kliniken wieder attraktiver zu machen.“¹

Der Fachkräftemangel in der Pflege ist besonders an der Grenze zur Schweiz ein zunehmendes Problem. Nach den Ergebnissen einer OECD-Studie (RN4CAST) ist die Begründung hierfür nicht nur die höhere Bezahlung, sondern auch und gerade deutlich bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege.

Büro :
Untere Laube 24
78462 Konstanz

Bürozeiten:
Mo. ab 17:00 Uhr
(auch öffentliche Fraktionssitzung)
Di. u. Do. 9 – 11 Uhr

¹ Deutscher Städtetag Berlin und Köln, September 2013

ISBN 978-3-88082-265-8 Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung, Seite 19.

Bankverbindung :
Konto 75598
BLZ 69050001
Sparkasse Bodensee



Die Einführung einer gesetzlichen Mindestpersonalbemessung ist eine wichtige Maßnahme, um, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, eine humane und sichere Pflege für die Zukunft sicherzustellen. Die Arbeitsbedingungen für die Pflegenden müssen so gestaltet werden, dass diese verantwortungsvolle Tätigkeit auch weiterhin als Ausbildungsberuf für junge Menschen attraktiv bleibt.

Seit der Einführung des DRG- Systems in den deutschen Kliniken wird die Pflege zunehmend nur noch als Kostenfaktor wahrgenommen. Der Rationalisierungsdruck führte besonders in der Pflege zu einem gravierenden Stellenabbau und daraus folgend zu einer massiven Arbeitsverdichtung.

Gleichzeitig sind die Krankenhäuser aus wirtschaftlichen Gründen dazu angehalten immer mehr Patienten in immer kürzerer Zeit zu behandeln.

Aus diesem Grunde ist eine bundesweite gesetzliche Regelung anzustreben:

- um die Vergleichbarkeit in der Personalausstattung der deutschen Kliniken herzustellen
- um eine Bemessungsgrundlage für den tatsächlichen Bedarf zu erhalten
- um die Finanzierung der neu zu schaffenden Stellen zu regeln
- um die Patientensicherheit zu gewährleisten.

Dies ist eine ordnungspolitisch dringend gebotene Maßnahme für das deutsche Gesundheitswesen.

Im Interesse des Verbraucherschutzes und der Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Krankenhäuser fordern wir die Gremien des deutschen Städte-tags hiermit zum Handeln auf.

Mit freundlichen Grüßen

Normen Küttner
Stadtrat

Christiane Kreitmeier
Stadträtin

Charlotte Biskup
Fraktionssprecherin